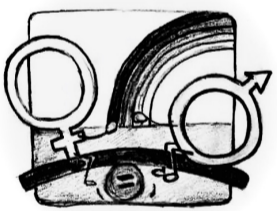
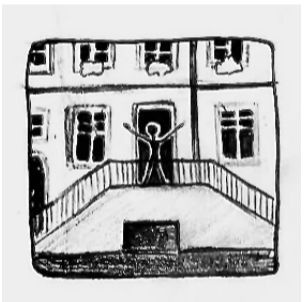


WEM GEHÖRT DIE STADT!?



Tja – wem gehört eigentlich Bamberg? Leben wir in einer Stadt der einfallslosen Berufspolitiker und verstaubten Bürokratinnen? Regieren Großunternehmen, welche die Natur zubetonieren und Immobilienhaie, welche die Mieten in die Höhe treiben? Sind wir in einer Stadt, für diejenigen die genug Kohle in der Tasche haben? Wo Herkunft, Schulabschluss und Familie darüber entscheiden, wer mitmachen darf? Ist das ein Ort, wo das Recht des Stärkeren den Rest im Verkehr ersticken lässt? Gehört sie denjenigen, welche die Menschen am Stadtrand glatt vergessen und deren Weltbild am Welterbe endet?

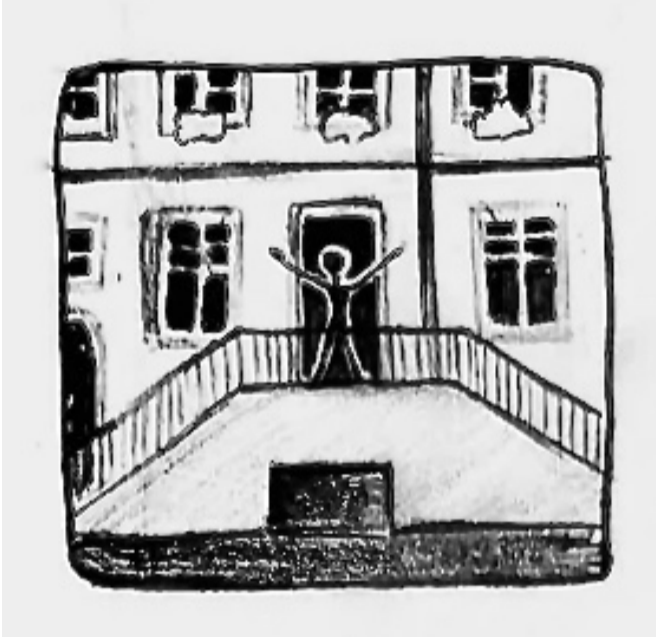
Das sehen wir anders! Damit der Rentner seine Miete bezahlen kann, die alleinerziehende Mutter einen kostenlosen Kitaplatz findet, tarifgebundene Arbeit mit Zukunft entsteht und alle Menschen – egal woher sie kommen - mitreden können wie es mit unserer lebendigen Stadt weitergeht!

Ich denke, wir sind uns da alle einig: Die Stadt gehört euch!

Und nun? Erobern wir uns die Stadt zurück! Auf den nächsten Seiten findet ihr den „Schlachtplan“ wie das gemeinsam klappen kann!

Politik mit Bodenhaftung Linke Stadtratsarbeit in Bamberg

Im Gespräch mit Stadtrat Heinrich Schwimbeck



Wofür hast du dich in der vergangenen Stadtratsperiode besonders eingesetzt?

- **bezahlbarer Wohnraum**

Für niedrigere Mieten habe ich mich unter anderem durch die Einführung einer Sozialklausel eingesetzt – ein Teil der Neubauten muss so vergünstigt angeboten werden. Ich habe mich hier für eine höhere Quote (30% statt der beschlossenen 20%) und eine geringere Miete pro Quadratmeter ausgesprochen und zudem gefordert, dass die Bindung nicht zeitlich beschränkt ist.

Beim Abzug der US-Armee vom Konversionsgelände gab es die Chance günstigen Wohnraum in Hülle und Fülle zu übernehmen. Ich habe - vergeblich - gegen einen Rahmenplan gestimmt, der vorsieht, dass ein großer Teil des Wohnraums abgerissen wird. Zudem habe ich erfolgreich gefordert, dass die Stadtbau GmbH zur Errichtung von Sozialwohnungen herangezogen wird!

- **Sozialer Ausgleich für finanziell benachteiligte Mitbürger**

Es ist mir ein besonderes Anliegen, dass Mitbürger*innen mit geringem Einkommen voll an der Gesellschaft teilhaben können. Ich habe deshalb - leider erfolglos - für die Einführung eines Sozialtickets und Sozialpasses gearbeitet. Mit diesem können benachteiligte Menschen die öffentlichen Verkehrsmittel in Bamberg zum halben Preis nutzen und haben vergünstigten Eintritt in städtische Einrichtungen wie Bäder oder das Stadttheater.

- **Konsequente Klimaschutzpolitik**

Klimaschutz ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit – global und regional! Damit auch Bamberg seinen Anteil zum Klimaschutz leistet, habe ich den Antrag auf Feststellung des Klimanotstands in den Stadtrat gebracht um Bewegung in die „Weiter so“-Politik von Stadt und Verwaltung zu bringen

- **Menschenfreundliche Flüchtlingspolitik**

Ich habe mich von Anfang an gegen das Flüchtlingslager in Bamberg ausgesprochen, das ich

hauptsächlich als Abschiebelager sehe. Das Konzept und der Alltag dieser Einrichtung setzen eine extrem flüchtlingsfeindliche Haltung durch und scheren sich wenig um Menschenwürde. Die Stadt Bamberg drückt sich durch die Duldung des Lager vor ihrer Integrationsverantwortung!

- **Transparenz und Bürgerbeteiligung**

Nach dem Motto „Damit man draußen sieht was drinnen vor sich geht“ möchte ich mehr Vorgänge im Stadtrat und in der Stadtverwaltung ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Mit kleinen Erfolgen, namentlich dass jetzt alle Stadtratsanträge im Internet einzusehen sind. Mein Vorstoß, die Sitzungen live und zum Nachhören ins Internet zu bringen, hat bei keiner Partei Zustimmung gefunden.

Was hast du in Ihrer ersten Periode im Stadtrat erfahren und gelernt?

Als Stadtrat erfährt man enorm viel von der Stadt, von den Menschen, den Vereinen, den Organisationen, den Zusammenhängen, die den Puls der Stadt ausmachen. Die Stadt Bamberg ist mir dadurch noch viel mehr ans Herz gewachsen als vorher. Im Stadtrat habe ich erfahren, dass man mit 1 von 44 Stimmen nicht gerade im Zentrum der Macht steht – aber das wird sich ja hoffentlich bald ändern! Ich habe auch hautnah erfahren, wie auch die Geschicke einer Stadt vom Geld gelenkt werden. Eine Kommune bekommt viele Aufgaben zugewiesen. Denen möchte man allen gerecht werden, das Geld wird aber leider nicht mitgeliefert. Der Kämmerer (Finanzabteilung) bringt dann die Stadträt*innen auf Verzichtsdziplinen, oder dahin, dass sie Natur zerstören und stattdessen Gewerbegebiete einrichten wollen, nur um an Geld für „Gutes“ zu kommen.

Hast du das Gefühl, dass sich die Stadträt*innen durch ihre Arbeit von den Bamberg*innen entfernen?

Ich beobachte das bei vielen meiner Stadtratskolleg*innen. Sie sprechen und entscheiden in dem Glauben, dass sie halt besseren Durchblick haben und Bürger*innen die Gesamtzusammenhänge nicht so erkennen können. Und stellen dann z.B. die Frage der Geldeinnahmen der Stadt ganz in den Vordergrund, zielen auf Einnahmen durch ein Gewerbegebiet und pfeifen auf den Verlust von Natur und Schaden am Klima für kommende Generationen. Sie merken nicht, wie sie dabei kapitalistische Interessen bedienen, den Staat und den Nutzen für die Allgemeinheit zurückdrängen helfen.

Ich selbst versuche mich „auf dem Boden“ zu bleiben, indem ich neben der Stadtratsarbeit im engeren Sinn viel außerparlamentarisch unterwegs bin. Ich habe Initiativen gegründet wie „Armyge-

lände in Bürgerhände“, das „Bürgerwohnprojekt Konversion“, oder die „Arbeits- und Arbeitsloseninitiative“. Mitglied bin ich beim Bund Naturschutz, Ökobil, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und des Kulturquartier Lagarde e.V.. Außerdem arbeite ich aktiv in verschiedenen Gruppen mit, beispielsweise bei solidarity4all bei der Organisation eines Protestcamps gegen die AEO, im Arbeitskreis Politik von Freund statt fremd, beim Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus wo ich Stammtischkämpferausbildungen organisiere oder im zivilen Klimaschutzbündnis.

Wie soll es in der neuen Wahlperiode weitergehen?

Wir wollen bisherigen Aktivitäten und Ziele weiterführen und mit hoffentlich deutlich höherem Stimmenanteil mehr Gewicht dafür zu bekommen. Wir haben für die kommende Wahlperiode einen schlagkräftiges Team zusammengestellt und werden zu noch mehr Themen arbeiten. Ich stehe wieder zur Wahl - am meisten Stärkung erfahre ich, wenn viele Menschen die komplette Liste wählen.

Klara Beck, Heinrich Schwimbeck



Heinrich Schwimbeck
Listenplatz 1

Bei der letzten Stadtratswahl 2014 trat die Bamberger Linke Liste erstmals zur Wahl an. Seitdem sitzt Heinrich Schwimbeck als bislang einziger linker Stadtrat im Rathaus und macht sich für die Belange benachteiligter und ausgegrenzter Bürger*innen stark.

Arbeit? Lohnt sich!

Gute Arbeit sichern durch Transformation und Vielfalt

Bamberg hatte im November 2019 eine Unterbeschäftigungsquote von 5,3 %. Ziel der BaLi ist es, Arbeitsplätze in Bamberg attraktiver und zukunftssicher zu machen. Das kann nur gehen, wenn Betriebe nach Tarifvertrag bezahlen und Betriebsrät*innen über Arbeitsplätze mitbestimmen.

Dabei ist es für uns wichtig, dass sich die Bamberger*innen nicht von einer Befristung in die nächste schleppen! Hier können wir zumindest bei der Stadt als Arbeitgeberin auf kommunaler Ebene eingreifen. Die Stadt Bamberg und ihre Unternehmen sollen künftig nicht mehr sachgrundlos befristen und ausnahmslos nach Tarifvertrag bezahlen.

Die Stadt Bamberg muss außerdem bei der Ansiedlung neuer Firmen mehr Druck ausüben, dass diese auf nach Tarifvertrag bezahlen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Auch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen der Stadt Bamberg muss klare Richtlinien und Vorgaben bekommen. Somit stärken wir Unternehmen, die gute Arbeit voranbringen! Wenn mehr Arbeitneh-

mer*innen in gesicherte, faire und gut bezahlte Arbeit haben, steigt auch die Kaufkraft in Bamberg.

Für die BaLi ist klar, dass sich Kindererziehung und Beruf nicht ausschließen dürfen! Dazu müssen die Betreuungszeiten der Kitas in Bamberg der Lebensrealität der Bamberger*innen angepasst werden. Auch Schulen müssen eine Ganztagesbetreuung anbieten.

Arbeit in Bamberg muss vielfältiger aufgestellt sein! Wir wollen, dass sich Firmen unterschiedlicher Sparten in Bamberg ansiedeln, damit sind Krisen in einer Sparte nicht mehr so fatal. Die derzeitige Krise in der Automobilindustrie trifft Bamberg und die umliegenden Gemeinden besonders hart. Auf kommunaler Ebene gibt es hier nur eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten. Die BaLi wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass gut bezahlte Arbeitsplätze erhalten bleiben und der ökologische Wandel trotzdem ermöglicht wird. Wir sind überzeugt, dass beides möglich ist!



Die Digitalisierung ist in den Betrieben in Bamberg angekommen. Die Stadt muss diesen Prozess begleiten. Wir sehen den Transformationsprozess und die Digitalisierung als notwendige Weichenstellung für die Zukunft an.

Die BaLi fordert die Schaffung von Transformationsräten auch auf regionaler Ebene. Hier sollen die betroffenen Gebietskörperschaften, Arbeitgeber*innen, Gewerkschaften und vor allem die Vertreter*innen der Belegschaften Maßnahmen zum Erhalt und der Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen treffen. Die Stadt Bamberg muss hier die Initiative ergreifen.

Durch die Transformationsprozesse werden neue Anforderungen auf die Arbeitnehmer*innen zukommen. Dem muss die Stadt als Bildungsträgerin durch entsprechende Angebote begegnen!

Paul Lehman, Gerhard Zimmermann

Effektiver Klimaschutz

Wie Bamberg seinen Teil leisten kann

Was ist eigentlich der Klimanotstand?

Zuerst aufgetaucht ist der Begriff bei Klimademonstrationen in Melbourne 2009. Es gibt keine übergeordneten Regeln, was Klimanotstand konkret bedeutet. Doch es stimmen alle Städte und Länder, die den Notstand ausgerufen haben, in folgenden Punkten überein: Dass der menschengemachte Klimawandel existiert und die bisherigen Bemühungen zur Bekämpfung der Krise nicht ausreichend waren. Dadurch, dass der Begriff „Notstand“ in diesem Zusammenhang gebraucht wird, wird zukünftigen Klimaschutzmaßnahmen höchste Priorität zugeschrieben. So sollen sämtliche Entscheidungen der Parlamente orientiert an Klima-, Umwelt- und Artenschutz getroffen werden. „Klimanotstand“ bezeichnet also einerseits förmliche politische Beschlüsse, aber auch andere weitere Maßnahmen für effektiven Klimaschutz.

Klimanotstand in Bamberg...

Konstanz erklärte am 2. Mai 2019 als erste Stadt Deutschlands den Klimanotstand. Zahlreiche Orte und Gemeinden folgten dem Beispiel, auch die Bamberger Linke Liste stellte im Juni einen Antrag für die Feststellung des Klimanotstands an den Stadtrat. Im Juli wurde der Antrag erstmals bearbeitet – und gleichzeitig vertagt. Der Titel des Klimanotstandes wird von der Stadt „als unzureichend bewertet, wenn keine Konsequenzen damit verbunden werden“. Fakt ist allerdings, dass jede Stadt die Konsequenzen des Notstandes individuell festlegen kann, was die Bewegung zu einer klimaorientierten Politik erleichtern soll. Der Stadtrat hat im Juli sowohl anerkannt, dass die Arbeit der lokalen Klimaallianz unzureichend ist als auch benannt, dass die Klimakatastrophe eine zunehmende Bedrohung darstellt. Trotzdem wurde die Arbeit am geplanten „Klima- und Artenschutzprogramm“ im November erneut vertagt – bis zum April 2020. Also eine erneute Absage an den Klimanotstand und klimagerechte Ziele in Bamberg.

...und jetzt?

Leider legt der Klimawandel keine Pause ein, nur weil debattiert werden muss wie er zu bekämpfen ist. Der Stadtrat kritisiert: „Keine Kommune, kein Landkreis [...] allein werden aber in der Lage sein, eine grundlegende Begrenzung des globalen Temperaturgeschehens zu bewirken. Globale Herausforderungen verlangen globales Handeln.“ Da stimmen wir zu. Gut, dass sogar das Europaparlament am 28. November 2019 beispielgebend des Klimanotstandes ausgerufen hat. Doch auch Bamberg kann und muss seinen Teil beitragen! Die Erklärung des Klimanotstandes ist ein symbolischer Akt. Allerdings auch einer, der die Bereitschaft zu notwendiger Veränderung zeigt und richtungsweisend ist. Eine Richtung, die Bamberg vorgeben kann und muss!

Antonia Raßmus



Antonia Raßmus Platz 27

Tätigkeit: studiert Germanistik und Anglistik, arbeitet als Praxishilfe bei einer Kinder- und Jugendpsychotherapeutin und als Servicekraft in einem Café
politische Herkunft: engagiert bei AWO und Students for Future
Themenschwerpunkte: Klimaschutz, Gleichberechtigung und Antifaschismus

Stephan Kettner, OB-Kandidat Platz 4

Tätigkeit: arbeitet als Unterstützer der Ehrenamtlichen beim globalisierungskritischen Netzwerk Attac, arbeitete als Erlebnispädagoge bei Tigersprung e.V.
politische Herkunft: hat angefangen in der Anti-Atombewegung und in der Tierschutzbewegung, gründete später die attac-Regionalgruppe in Bamberg
Themenschwerpunkte: Wohnen, Gemeinwohlökonomie, Klimagerechtigkeit, Bürgerbeteiligung und Demokratie, Verkehrswende

Lena Uhl Platz 21

Tätigkeit: studiert Politikwissenschaft
politische Herkunft: Sitzt für die Linke Liste im studentischen Konvent, organisiert mit dem Frauen*kampftagsbündnis Demo und Veranstaltungen zum 8. März
Themenschwerpunkte: Feminismus und Klimagerechtigkeit



Günther Pierdzig Platz 26

Tätigkeit: Studium in Theologie und Pädagogik, leitet jetzt eine kleine Baufirma
politische Herkunft: seit 2006 Vorsitzender der VVN Bamberg
Themenschwerpunkte: Antifaschismus
„Der bayrische Verfassungsschutz soll endlich anerkennen, dass der VVN eine demokratische Organisation ist!“

David Klanke Platz 10

Tätigkeit: ist Soziologe und Pädagoge und arbeitet als Bildungsreferent
politische Herkunft: Mitglied bei attac, verdi und VVN
Themenschwerpunkte: Arbeitsloseninitiative, Bamberger Bündnis Mietenstopp, Kultur

nchen Bamberg zu eurer Stadt!

Unabhängig – vielfältig – das Gemeinwohl im Blick

Adolf Hümmer

Platz 6

Tätigkeit: ITler, Forstwissenschaftler, Umweltplaner, Landwirt, Arbeiter
politische Herkunft: seit 40 Jahren bei der Gewerkschaft und seit 30 Jahren beim BUND
Themenschwerpunkte: kämpft für ein Großes Nationales Naturerbe Steigerwald, ein autofreies Welterbe und bezahlbaren, vielfältigen Kulturraum im Kesselhaus

Paul Lehmann

Platz 2

Tätigkeit: Gewerkschaftssekretär
politische Herkunft: Die Linke, ver.di, VVN
Themenschwerpunkte: Arbeit und Soziales, Arbeitnehmerrechte
Was mir wichtig ist: „...dass BürgerInnen eine starke Stimme im Stadtrat bekommen und ArbeitnehmerInnenrechte ohne Ausnahme auch in Bamberg umgesetzt werden.“



Hendrik Torner

Platz 22

Tätigkeit: studiert Berufsschullehramt
politische Herkunft: organisiert in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW, bei Students for Future, im Mietstoppbündnis und bei Aufstehen gegen Rassismus
Themenschwerpunkte: Radverkehr, Mobilität, Umweltschutz

Jan Jaegers

Platz 24

Tätigkeit: Aktivist, studiert Politikwissenschaft
politische Herkunft: Mitglied bei der Partei Die Linke, schon früh in der Bildungspolitik tätig gewesen, außerdem aktiv im Klimaschutzbündnis, bei Verdi und vielem mehr
Themenschwerpunkte: Soziales, Verkehr, Klima und Bildung

Lea Maurer

Platz 3

Tätigkeit: studiert Politikwissenschaft, arbeitet als Betriebswirtschaftlerin/Verkäuferin
politische Herkunft: hat die mut-Partei mit gegründet, ist aktiv bei Amnesty International
Themenschwerpunkte: Solidarisches Miteinander und Leben auf Augenhöhe: soziale Berechtigung, freie kulturelle Entfaltung

Denise van Susteren

Platz 5

Tätigkeit: studiert Archäologie und Geschichte, arbeitet als Grabungsassistentin
politische Herkunft: seit zwei Jahren politisch engagiert bei der Partei die Linke
Themenschwerpunkte: Gleichstellung von Mann und Frau
Lieblingswort in Beamtendeutsch: Abstandseinhaltungserfassungsvorrichtung

Gute Rahmenbedingungen für (außer-)schulische Bildung schaffen

Mehr Qualität und Vielfalt für Bamberger Bildungseinrichtungen

„Bin ich froh, dass ich hier kein Lehrer sein muss, geschweige denn Schüler!“ meint Hubertus Schaller. Er besucht einen Sprachkurs der VHS Bamberg und sitzt deswegen mit anderen Kursteilnehmenden in einem Klassenraum der Graf-Staufenberg-Realschule Bamberg. Vor sich sieht Schaller eine uralte klapprige Tafel, darüber einen schlecht montiert billigen Beamer, von dem aus lieblos die Kabel mitten im Raum herunterhängen, und hinten ungepflegtes Mobiliar aus längst vergangenen Zeiten an einer durchaus renovierungsbedürftigen Wand. Diese Liste an Beispielen wäre ohne Schwierigkeit zu verlängern. Der Kurs wird im Laufe des Semesters noch in weiteren solchen Klassenzimmern stattfinden. Als Fachlehrer an drei Grund- und Mittelschulen im Landkreis Bamberg weiß Hubertus Schaller, dass schulische Ausstattungen spürbar besser sein können. In anderen Kommunen ist das Thema sichtbar mehr Schwerpunkt.

Nicht nur deshalb fordert die BaLi einen deutlich höheren Aufwand für Bamberger Schulen. Bamberg ist zurecht stolz auf die vorhandene breite Schullandschaft – dabei müssen allerdings alle Schularten gleich berücksichtigt werden! Lehren und Lernen benötigt ein gutes Umfeld und eine zeitgemäße Grundausstattung. Wenn Lehrkräfte engagiert in die Zukunft unserer Jugend und

zugleich unseres Landes investieren, soll die Stadt Bamberg mit ihren Möglichkeiten nicht zurückbleiben.

Weil Bildung bereits vor der Schule stattfindet, sind Zugänge in eine Kindertagesstätte für alle Kinder zu ermöglichen. Die BaLi fordert einen raschen Ausbau der Kita-Plätze für alle Kinder. Das Arbeiten der Eltern darf nicht durch fehlende Plätze in Kindertagesstätten unmöglich gemacht werden!

Ein weiteres Feld der Bildungspolitik ist die Jugendarbeit: Piak Mistele beispielsweise engagiert sich als ehrenamtlicher Mitarbeiter in einem Jugendverband. Die darin gemachten Erfahrungen sind für ihn persönlich, aber auch für seinen zukünftigen Beruf unschätzbar wertvoll. Mistele lernt dabei Fähigkeiten wie Leiten, Planen und Debattieren. Als Delegierter seines Jugendverbandes besucht er jährlich zweimal die Vollversammlung des Stadtjugendrings. Das sind Highlights für ihn. Piak Mistele erlebt bei diesen Versammlungen, dass Demokratie mehr ist als das bloße Parlamentieren und Finden von Mehrheiten. Alle Beteiligten – egal mit welchem kulturellen, religiösen oder politischen Hintergrund, welcher Geschlechtsidentität oder besonderen Lebensform – sind gleichberechtigt im Gespräch. Diese Einheit in der Vielfalt beeindruckt Mistele.

Die BaLi fordert die Ermöglichung einer vielfältigen Jugendarbeit. Sie ist für unsere Gesellschaft ein unverzichtbarer Ort von Bildung außerhalb der Schule. Es muss für unterschiedliche Träger-schaften möglich sein, alle Formen jugendgemäßer Angebote anzubieten. Jugendliche und junge Erwachsene erfahren so die Vielfalt in der Stadt Bamberg als bereichernd. Eine Monopolisierung und Verarmung von Anbietern in der Jugendarbeit lehnt die BaLi daher entschieden ab.

Hubertus Schaller



Mehr Beteiligung wagen!

Gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Mitbestimmung fördern

Entsetzen im Stadtrat: Die Bürger*innen bestimmen selbst und entscheiden sich für den Erhalt von Waldfläche, gegen ein Gewerbegebiet und damit gegen die Mehrheit im Stadtrat! Viele der gewählten Vertreter*innen zeigen sich irritiert, oder sprechen sich später erneut für die Bebauung der Fläche aus.

Doch ist es so außergewöhnlich, dass die Bürger*innen in einer Stadt direkt mitentscheiden? Sollten wir nicht sogar mehr Bürgerbeteiligung betreiben?

Bayern ist das Bundesland mit den bürgerfreundlichsten Bedingungen, wenn es um direkte Beteiligung geht. Doch vom Himmel ist das auch nicht gefallen!

1995 hat sich die Bevölkerung mit dem Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern: Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen“ dieses Instru-

ment erfolgreich erkämpft und in der Bayerische Verfassung sowie in die bayerische Gemeindeordnung und Landkreisordnung verankert.

Seit dieser Zeit wurden bayernweit satte 3000 Bürgerbegehren angeregt.

Um ein Thema in einem Bürgerentscheid abstimmen zu lassen wird zuerst geprüft ob es zulässig ist. Im nächsten Schritt werden Unterschriften gesammelt - in Bamberg braucht es dafür mindestens 6% der Stimmberechtigten.

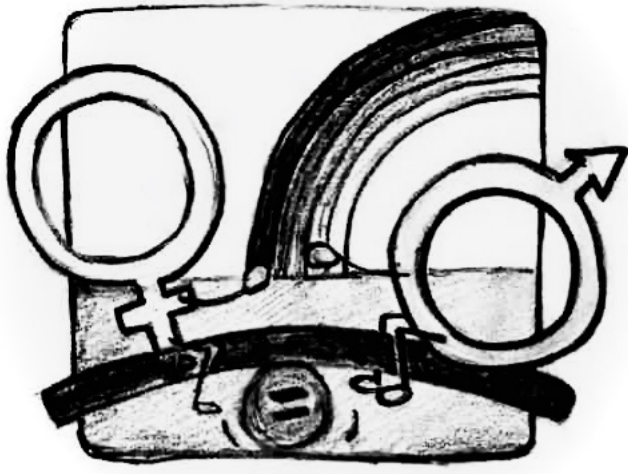
War das erfolgreich, hat der Stadtrat die Möglichkeit, dem Bürgerbegehren direkt zuzustimmen. So kommt es, wie beim Radentscheid passiert, nicht zum Bürgerentscheid. In Bamberg kam es bisher erst zweimal zu einem Bürgerentscheid, bei dem die Bürger*innen einmal gegen eine Bergverbindungsstraße und einmal gegen das Gewerbegebiet auf dem Muna-Gelände stimmten.

Mitsprache begrenzt Macht

Mehr Demokratie bedeutet mehr Beteiligung der Bevölkerung und führt zu mehr Verteilung von Macht. Ausgrenzung und Ungleichheit hingegen führen zu mehr Kriminalität und mehr Zustimmung für rechtsextreme Parteien.

Daran sollte der Stadtrat als Ganzes sich vielleicht gewöhnen, denn es geht um die Stärkung unserer Demokratie! Mitbestimmung und Machtverteilung führen zu mehr Vertrauen in unsere Gesellschaft. Freiwilliges Engagement wächst in Gesellschaften, in denen die Bevölkerung mitentscheiden kann. Wenn Politiker*innen also fordern, dass sich Menschen stärker ehrenamtlich einbringen sollen, dann wäre ein erster Schritt sie aktiv miteinzubeziehen und ernst zu nehmen. Das ist einfach nur fair. Und wer ist schon gegen Fairness?

Lea Maurer, Stephan Kettner



Gleichstellung und die Problematiken des Alltags

Geschlechterungerechtigkeit den Kampf ansagen!

Weltweit dauert es noch 217 Jahre bis zur absoluten Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern. Zu diesem Schluss kommt das Weltwirtschaftsforum (WEF) in seinem Bericht von 2017. In den Bereichen Gesundheit, Bildung, ökonomische Teilhabe, wirtschaftliche Chancen und politischer Mitwirkung sind die Geschlechterungleichheiten merklich größer geworden. Für manche mag mit dem Frauenwahlrecht und der Arbeitsausübung ohne die Zustimmung des Ehemanns die Gleichberechtigung abgeschlossen sein - heute stehen wir mehr denn je vor vielen neuen und alten Problemen!

Das 1980 verabschiedete Gesetz über die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz, spiegelt leider die Realität oft nicht wider. Der absolute Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen lag in Deutschland 2017 bei 21%, in Bayern bei 25%. Der bereinigte Lohnunterschied, der berücksichtigt, dass Frauen oft in anderen Arbeitsverhältnissen arbeiten und daher weniger verdienen, liegt immer noch bei 6%. Die Altersarmut bei Frauen ist um 70% höher als die der Männer. Erschreckende Zahlen, die im täglichen Leben oft verfälscht und heruntergespielt werden. Für viele sind sie die bittere Realität.

Ein anderes riesiges Problemfeld, das oft stigmatisiert und im täglichen Leben vergraben wird, ist

die Gewalt gegen Frauen und die jährlich wachsende Gewalt in Partnerschaftsbeziehungen. Jede 4. Frau in Deutschland wird mindestens einmal in ihrem Leben Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt. Betroffen sind Frauen aus allen sozialen Schichten. 2017 wurden knapp 139.000 Personen erfasst, die Opfer von Partnerschaftsgewalt wurden, 114.000 Opfer waren weiblich. Mehr als 40.000 Frauen flüchten jährlich, oft mit ihren Kindern, in eins der etwa 400 Frauenhäuser in Deutschland. Diese sind aber häufig unterfinanziert und daher auf Spenden und ehrenamtliche Arbeit angewiesen. Vor allem aber sind dadurch zu wenig Plätze verfügbar. Das einzige Bamberger Frauenhaus umfasst beispielsweise 10 Plätze.

Im November 2019 veranstaltete die Bamberger Linke Liste eine offene Podiumsdiskussion zum Thema Gleichstellung. Hier kam zur Sprache, dass Frauen in Bamberg, die bei diesem Thema vor dem Problem stehen, dass es wenig Informationen, Austausch und Plattformen für Austausch gibt. Einige wünschen sich generell neutrale Räume, da viele Institutionen und Gruppen nur einen Raum mit kirchlichem Hintergrund bieten können. Andere sahen viele Hürden im täglichen Leben von Migrantinnen. Während männliche Migranten oft Sprach- und Integrationskurse in Anspruch nehmen können, muss für viele Frauen erst die Kinderbetreuung gesichert sein. Das stellt oft ein Problem dar, weil Migrantinnen nicht genügend Netzwerke und Ansprechpartner*innen haben. Wie auch die Männer sehen sich Frauen mit Rassismus und Isolation konfrontiert, was deutlich Möglichkeiten, Willen und Mut einschränkt, eigenständig an der eigenen Integration zu arbeiten. Für Frauen sind die Hürden oft besonders hoch

und manchmal unüberwindbar. Darüber hinaus bezieht sich Gleichstellung bei weitem nicht nur auf Männer und Frauen. Auch andere Geschlechter sowie die LGBTQI+ Community (Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer und Intersex) müssen toleriert, akzeptiert und gesetzlich geschützt werden. Wie können wir im Landkreis Bamberg so vielfältigen Problematiken entgegenwirken und was kann die Politik und einzelne Bürger*innen tun? Zum einen brauchen wir eine große Sensibilität gegenüber Themen, die in der Öffentlichkeit oft stigmatisiert werden. Wir brauchen mehr Austausch untereinander und bessere Zusammenarbeit der einzelnen Institutionen, wie z.B. die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bamberg und des Erzbistums Bamberg sowie ehrenamtlichen Gruppen und Vereinen.

Gemeinschaft und Zusammenarbeit über politische, religiöse und ethnische Grenzen ist notwendig. Hierfür muss ein neutraler Raum geschaffen werden. Optimal wäre das in Form von offenen Veranstaltungen und Treffen, bei denen alle Geschlechter sowie Kinder willkommen sind. Auch in Schulen und der Universität muss noch mehr Bewusstsein für Gleichstellung geschaffen werden. Wichtig ist zudem, dass Frauen für Frauen Schlüsselfiguren und Vertrauenspersonen darstellen. Beispielsweise braucht es mehr sicheren Raum für Frauen mit Gewalterfahrung – mit professioneller Betreuung, auch in ihrer eigenen Muttersprache. Viele wichtige Themen sind hier noch völlig unangestastet. Kurz gesagt: Nur mit gegenseitigem Austausch und Toleranz wird eine Gleichberechtigung in den nächsten 217 Jahren erreichbar sein!

Denise van Susteren

Bamberg braucht den Mietenstopp

Wohnraum muss bezahlbar bleiben

Manche sagen, Bamberg sei ein verschlafenes Nest. Zumindest in diesem Fall hat es sich die Stadtpitze in solch einem bequem gemacht. Die Stadt hat geschlafen. Über 10 Jahre sind keine Sozialwohnungen entstanden. Die Wohnungen mit einer Sozialbindung haben parallel massiv abgenommen. Die seit 2018 bestehende Sozialquote ist weitestgehend zahnlos geblieben, weil sie zu niedrig ist und sich zu leicht umgehen ließ. Obwohl die Bamberger Linke Liste in den letzten Jahren immer wieder Anträge gestellt hat, die darauf drängen, diese Lage zu ändern, hat die Rathaus-Groko die Situation für Menschen mit einem kleineren Geldbeutel auf Wohnungssuche weiter verschärft.

Wer zu dem Thema recherchiert, findet bei älteren Wohnungen fast immer einen Preisanstieg um 80% seit 2002. Deshalb hat sich im November 2019 ein Bündnis zur Unterstützung des bayrischen Volksbegehrens „Mietenstopp“ gegründet. Dieses Volksbegehren sieht einen sechsjährigen Mietenstopp vor. Allerdings darf bei Wohnwert-

verbesserungen durch Renovierungen bis auf 80% der ortsüblichen Vergleichsmiete weiterhin erhöht werden. Auch bei Neuvermietungen besteht die Obergrenze der ortsüblichen Vergleichsmiete. Hier musste auch das Bamberger Bündnis viel Kritik einstecken: Warum wurden Neubauten außen vorgelassen worden, obwohl gerade sie die Preistreiber sind? Die Bamberger Gruppe sieht dies selbst sehr kritisch. Hier ging es wohl um ein Entgegenkommen an einige Mitglieder im Bündnis, die man mit ins Boot holen wollte. Diese argumentieren, dass nur auf diese Weise weiterhin Neubauten entstehen. Aber ist es vielleicht nicht gerade so, dass genau deswegen nicht gebaut wird, weil auf diese Weise der Bestand teuer vermietet werden kann?

Wenn das Volksbegehren 2020 die Hürde schafft, ist immerhin ein Anfang gemacht auf dem Weg zu fairen Mieten in Bayern. Das Bamberger Bündnis möchte hier weiter Öffentlichkeit schaffen, auch wir als BaLi haben bereits öffentlichkeitswirksam

vor leerstehenden Häusern in der Königsstraße und Sandstraße demonstriert. Wir bleiben dran, denn Wohnen ist Menschenrecht!

David Klanke





Heinrich Schwimbeck
Listenplatz 1



Paul Lehmann
Listenplatz 2



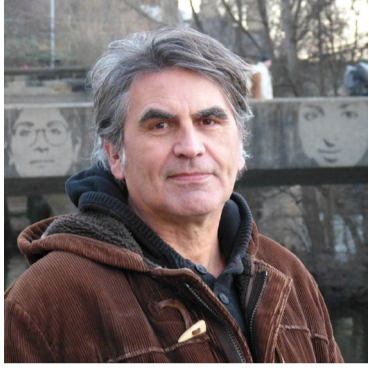
Lea Maurer
Listenplatz 3



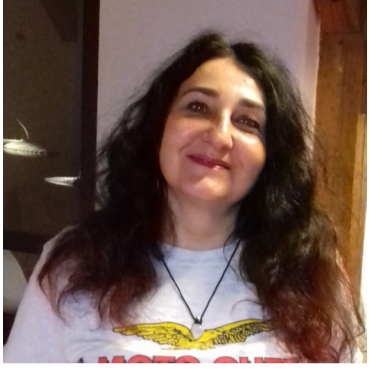
Stephan Kettner
Listenplatz 4



Denise van Susteren
Listenplatz 5



Adolf Hümmer
Listenplatz 6



Michaela Paul
Listenplatz 7



Hubertus Schaller
Listenplatz 8



Silvia Rahm
Listenplatz 9



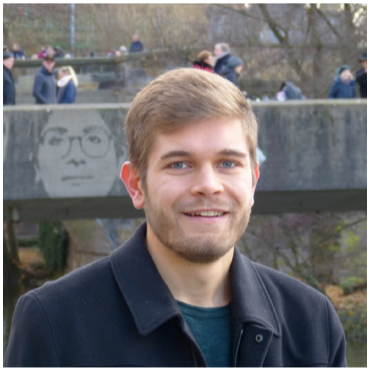
David Klanke
Listenplatz 10



Kathrin Rackerseder
Listenplatz 11



Thomas Bollwein
Listenplatz 12



Andreas Tränkenschuh
Listenplatz 14



Piak Mistele
Listenplatz 16



Lutz Keller
Listenplatz 18



Klara Beck
Listenplatz 19



Felix Heinrich
Listenplatz 20



Lena Uhl
Listenplatz 21



Hendrik Torner
Listenplatz 22



Jan Jaegers
Listenplatz 23



Günther Pierdzig
Listenplatz 26



Antonia Raßmus
Listenplatz 27



Gerhard Zimmermann
Listenplatz 28



Hiwzerin Baba
Listenplatz 29



Edgar Tischner
Listenplatz 30



Janosch Köstner
Listenplatz 32



Philipp Sommer
Listenplatz 35



Thomas Krach
Listenplatz 36



Hans-Peter Rahm
Listenplatz 38



Roland Paul
Listenplatz 39



Jakob Dieckhoff
Listenplatz 41



Sebastian Then
Listenplatz 43

Die Kandidat*innen der Stadtratsliste der Bamberger Linken Liste

ohne Bild: Vera Sachs (13); Anette Göpel (15); Sigrid Härtel (17); Maria Kämmerer (23); Janien Hill (25); Albin Söllner (31); Richard Blum (33); Aron Lauper (34); Armin Gradl (37); Harald Mohr (40); Jonas Jörg (42); Roland Kirchner (44)

Die Stadt gehört euch!

Vi.S.d.P.: Jan Jaegers, Brennerstraße 30; 96052 Bamberg